



Bekanntmachungstext gemäß § 12 VOL/A

- a) **Bezeichnung und Anschrift der zur Angebotsabgabe auffordernden Stelle, der den Zuschlag erteilenden Stelle sowie der Stelle, bei der die Angebote einzureichen sind,**

Deutscher Bundestag, Verwaltung
Referat ZT 6 - Vergaben -
Geschäftszeichen: ZT6-1133-2012-276-17-PuK4
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Angebotsabgabe:

Das Angebot ist per Post an: Deutscher Bundestag, Verwaltung, Referat ZT 6 - Vergaben -, Platz der Republik 1, 11011 Berlin zu richten.

Das Angebot kann montags von 8.00 bis 15.00, dienstags bis donnerstags von 8.00 bis 16.00 und freitags von 8.00 bis 13.00 Uhr (außer an Feiertagen) an der Pforte der Liegenschaft: Marie-Elisabeth-Lüders-Haus, Adele-Schreiber-Krieger-Straße 1, 10117 Berlin, abgegeben werden.

- b) **Art der Vergabe,**

Öffentliche Ausschreibung

- c) **Form, in der Teilnahmeanträge oder Angebote einzureichen sind,**

Schriftlich im verschlossenen Umschlag und mit dem den Vergabeunterlagen beiliegendem Aufkleber versehen. Eine elektronische Angebotsabgabe ist derzeit noch nicht möglich.

- d) **Art und Umfang der Leistung sowie Ort der Leistungserbringung,**

Der Deutsche Bundestag (AG) beabsichtigt, die Produktionen des Parlamentsfernsehens, wie sie in der bereits bestehenden Internet-Mediathek vorgehalten werden, als systemoffene, plattform- und herstellerunabhängige Smart-TV-App anzubieten. Die Inhalte sollen aus der Mediathek des Bundestages übernommen und für die SmartTV-App medienadäquat aufbereitet werden.

- e) **gegebenenfalls Anzahl, Größe und Art der einzelnen Lose,**

Keine Aufteilung in Lose

- f) **Zulassung von Nebenangeboten,**

Nebenangebote sind nicht zugelassen

- g) **Bestimmungen über die Ausführungsfrist,**

Nach Zuschlagserteilung in Absprache mit der AG.

h) Bezeichnung und Anschrift der Stelle, die die Vergabeunterlagen abgibt oder bei der sie eingesehen werden können,

Deutscher Bundestag, Verwaltung
Referat ZT 6 - Vergaben -
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Fax: 0049 / 30 / 227-36603
E-Mail: vergabereferat@bundestag.de

i) Teilnahme- oder Angebots- und Bindefrist,

Ende der Angebotsfrist: 16. Oktober 2012, 16.00 Uhr
Ende der Bindefrist: 14. Dezember 2012

j) Höhe etwa geforderter Sicherheitsleistungen,

keine

k) wesentliche Zahlungsbedingungen oder Angabe der Unterlagen, in denen sie enthalten sind,

Zusätzliche Vertragsbedingungen der Verwaltung des Deutschen Bundestages, Teil B der Vergabe- und Vertragsordnung für Leistungen (VOL/B).

l) mit dem Angebot oder dem Teilnahmeantrag vorzulegende Unterlagen, die der Auftraggeber für die Beurteilung der Eignung des Bewerbers oder Bieters verlangt,

Nachweise, die mit dem Angebot vorzulegen sind

- Sofern der Einsatz eines **Unterauftragnehmers** beabsichtigt ist, sind die in Punkt 4 des Angebotsvordrucks aufgeführten Angaben vorzunehmen. Zudem ist Punkt 9 der Bewerbungsbedingungen zu beachten.
- Sofern die Bildung einer **Bietergemeinschaft** beabsichtigt ist, ist die Erklärung nach Punkt 10 der Bewerbungsbedingungen vorzulegen. Alle Mitglieder der Bietergemeinschaft haben dem Angebot zudem die nachfolgend genannten Nachweise beizufügen (Punkt 3.8 des Angebotsvordrucks).
- Die Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach Punkt 2 des Angebotsvordrucks wird durch Unterschrift des Angebots mit abgegeben.
- Eigenerklärung über die Eintragung im **Handelsregister**/ in der **Handwerksrolle** oder Auszug aus dem **Berufsregister**, sofern eine Eintragungspflicht besteht (Punkt 3.1 des Angebotsvordrucks).
- Angabe von drei **aussagekräftigen Referenzen** über vergleichbare Projekte in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren. Sie werden anhand der Kontaktdaten überprüft. Bei Angabe von mehr als drei Referenzen werden nur die ersten drei Referenzen berücksichtigt. Referenzen von mit dem Bieter verbundenen Unternehmen werden nicht akzeptiert (Punkt 3.6 des Angebotsvordrucks).
- Profile der für das Projekt vorgesehenen Beschäftigten (Punkt 3.7 des Angebotsvordrucks); es sind mindestens zwei Beschäftigte zu benennen.

Nachweise, die von der Vergabestelle vor Zuschlagserteilung direkt eingeholt werden

- Auszug aus dem **Gewerbezentralregister** beim Bundesamt für Justiz:
- Der Auftraggeber wird ab einer Auftragssumme von mehr als 30.000 Euro für den Bieter, der den Zuschlag erhalten soll, zur Bestätigung der Erklärung einen Auszug aus dem Gewerbezentralregister beim Bundesamt für Justiz anfordern.

m) sofern verlangt, die Höhe der Kosten für Vervielfältigungen der Vergabeunterlagen bei Öffentlichen Ausschreibungen,

keine

n) Angaben der Zuschlagskriterien, sofern diese nicht in den Vergabeunterlagen genannt werden.

Wirtschaftlich günstigstes Angebot nach den in den Vergabeunterlagen genannten Kriterien.